

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT



Die Papierarbeiter rüsten zum Kampf

Die Auswirkungen des Krümpersystems in der Thodeschen Papierfabrik in Hainberg. Schmiedet die rote Einheitsfront!

Morgen tagt in Chemnitz die Oppositionskonferenz der Papierarbeiter Sachsens. Die wichtigsten Papierfabriken Ostdeutschlands werden ebenfalls delegiert. Die Konferenz hat eine große Bedeutung zur Mobilisierung der Papierarbeiterschaft für den Kampf gegen jeden Plan des Lohnabbaus und gegen die schändliche Hungerzersetzung. Auch auf den zentralen Volkstages am 14. und 16. Oktober müssen die Papierarbeiter vertreten sein. Die Proleten in den Papierfabriken werden besonders brutal ausgebeutet und durch den Lohnraub ist das Elend ihrer Familien unerträglich gemacht. Wie berichten heute über die Lage der Arbeiter in der Thodeschen Papierfabrik, Hainberg, und von Krause u. Baumann in Zwickau.

In der Thodeschen Papierfabrik steht heute wiederum die Frage des Krümpersystems, weil die darüber abgeschlossene Vereinbarung am 15. Oktober abläuft. Von den 821 Arbeitern wird der größte Teil, und zwar 190 Kollegen von dem Auslegen der Rollen ausgenommen. Die Maschinenführer, die Oberarbeiter, die Schlichter und die Arbeiterinnen. Von den 190 Arbeitern müssen alle 10 Monate 19 Kollegen 14 Tage lang aussetzen.

Während dieser Zeit erhalten sie nur die Hälfte der Arbeitslosenunterstützung.

Der Durchschnittslohn beträgt für die volle Unterstüfung 11 Mark. Der größte Teil der Arbeiter soll also in der Zeit, wo er aussetzt, mit

5 bis 6 Mark Unterstüfung in der Woche leben.

Tafel müssen die Kollegen die z. B. in der Kleidung auf dem Hainberg in Freital wohnen 30 bis 40 RM. Miete zahlen. Die Arbeitslosenunterstützung langt also nicht einmal zur Miete, vielmehr noch zur Beschaffung auch nur der allernotwendigsten Lebensmittel für die Familien der Papierarbeiter.

Die übertariflichen Verdienste beseitigt

Dazu kommt noch, daß auch die Löhne so gewaltig gesenkt wurden, daß ein eigenweiliger Rückgang für die Zeit des Aussetzens gar nicht zu denken ist. Neben dem Lohnabbau durch die Summennotverordnungen und der Senkung der Tariflöhne, erst in diesem Jahre wieder um 7 Prozent — wurden die übertariflichen Arbeitsverdienste fast reiflos beseitigt. Während die Arbeiter nach 1931 im Afford bis zu 50 Prozent über den Tariflohn verdienen konnten, kommen die Affordarbeiter heute gerade nur noch auf den Tariflohn. Es ist schon vorgekommen, daß die Arbeiterinnen im Afford nicht einmal den Tariflohn erzielt haben.

Krümpern trotz Arbeitsmangels

Das Arbeitstempo ist in der Thodeschen Papierfabrik gering gehalten worden. Am großen Kalender z. B. werden

Der Fabrikarbeiter

ist eure Gewerkschaftszeitung

bei der Bearbeitung des laminierten Papiers für die „Grüne Post“ nur noch zwei Arbeiter beschäftigt. Überall fehlt es an Arbeitern und die im Betrieb beschäftigten Kollegen müssen die Produktion im Nottempo erledigen. Die Zahlen der Unfälle sind in der letzten Zeit deshalb auch entsprechend gestiegen.

Die roten Betriebsräte hatten recht

Die roten Betriebsräte hatten bei der Einführung des Krümpersystems die Belegschaft gewarnt und vorgeschlagen, statt wochenlanger Aussetzens eines Teils der Belegschaft, die 10-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich zu ergreifen. Die SPD-Betriebsräte haben dagegen das Krümpersystem als „Heimliche Weib“ hingestellt und es den Kollegen schmackhaft zu machen versucht.

Tamals hat die Belegschaft in ihrer Mehrheit den Vorschlägen der SPD-Betriebsräte zugestimmt. Heute, nachdem die Belegschaft aus ihrer eigenen praktischen Erfahrungen erkennen muß, daß die roten Betriebsräte recht hatten, gilt es den Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich aufzunehmen.

Organisiert den Kampf gegen die Unternehmervorköße

Die Betriebsleitung unternimmt immer neue Vorköße gegen die Belegschaft. So wurde in der vergangenen Woche im gesamten Betrieb, mit Ausnahme der Schlichterei, das Rauchen verboten. Früher hatten die Arbeiter die Möglichkeit, während der Pausen in dem Spielesaal und auf dem Hofe einmal ein Stübchen zu rauchen. Diese Möglichkeit soll ihnen durch das allgemeine Verbot genommen werden.

Der Meister Ritter in der Schlichterei ist ein Nazi. Er behandelt die Lehrlinge wie Kastraten im „Dritten Reich“.

Die Arbeiter der Thodeschen Papierfabrik müssen sich in der Antifaschistischen Aktion zur roten Einheitsfront (siehe unten) zusammenschließen und den Kampf gegen das Krümpersystem, die Nationalisierungsmaßnahmen und Unternehmergriffe energisch zur Wehr setzen. Schart euch feiter um die AGO und SPD. Nur im Kampf könnt ihr eure berechtigten Forderungen durchsetzen.

Rote Einheitsfront in Stadt und Land!



Wählt überall delegierte zu den antifaschistischen Volkstages am 14. und 16. Oktober!

Lohnabbau von ADGB-Führern unterstützt!

Nach der Schlichterkonferenz drohen neue härtere Vorköße der Unternehmer

Die schändliche Umwälzung des Hamburger Vertriebsstreiks, der erfolgreich beendet wurde, mit einer Kletterlei, hat der gesamten deutschen Arbeiterheit gezeigt, wie die ADGB-Führer den Kampf gegen die Lohnabbauoffensive führen. Sie unterstützen die Politik des Unternehmertums und der Papenteuerung nicht genug mit dem Hamburger Volksrat in den Rücken der Streikenden, auf der Berliner Konferenz der Schlichter rechnete man damit, daß nicht nur die christlichen Gewerkschaftsführer, sondern ebenso die ADGB-Führer die Durchführung des Lohnabbaus nach Kräften unterstützen werden. Von den vielen kapitalistischen Zeitungen, die darüber berichten, schreibt z. B. der „Hannoversche Kurier“ am 6. Oktober:

In der Schlichterkonferenz hat man sich auch mit den in der letzten Zeit ausgebrochenen Streiks beschäftigt. denen in der Öffentlichkeit eine allzu große Bedeutung beigegeben worden ist. Inzwischen sei die Streikwelle aber wieder abgeebbt, so daß kaum irgendwelche Regierungsmassnahmen ergreifen zu werden brauchten. Auch die freien Gewerkschaften schienen zu der Einsicht gekommen zu sein, daß es falsch und unnütz ist,

mit Ausständen die Notverordnung und damit die Regierung bekämpfen zu wollen.

Unmöglich konnte die Schlichterkonferenz diese Erwartungen zum Ausdruck bringen, wenn nicht ganz bestimmte Zusagen der ADGB-Führer vorliegen würden. Der Volksrat in den Rücken der Hamburger Streikenden zeigt, mit welchem Willen die ADGB-Führer arbeiten will.

Tenn wenn auf der Schlichterkonferenz gesagt wurde, daß die Streikwelle abgeebbt sei, so konnte eine Abkündigung der Streikbewegung nur deshalb konstatiert werden, weil die Unternehmer mit ihren neuen Vorkößen gemartert haben, bis die neue Durchführungsnotverordnung der Papenteuerung vorlag und die Belegschaft der Schlichterkonferenz gefügt waren. Was die Schlichterkonferenz im einzelnen beschlossen hat, wird noch später gehalten, es sind aber neue verschärfte Maßnahmen gegen die Arbeiter auch der Kampfwille der Arbeiter zu gemessen. Ein neuer Lohnabbau ist unerbittlich. Die Einheitsfront der Arbeiter wird die Lohnabbauoffensive brechen, wenn die Arbeiter überall unter selbstgewählter oppositioneller Führung kämpfen.

Nazis buhlen um die Reichsbahnbeamten

Die Beamten sollen geliebt werden. Reichsbahnbeamte, an der Seite der Arbeiter in ruhr Kampf!

Die Verleumdung der KPD (Arbeitsgemeinschaft Nationaler Reichsbahnbeamter), welche mit großem Geschrei für Sonntag, den 2. Oktober, nach dem Reichspalast einberufen war, wurde für die ganze Nazi-Partei eine riesengroße Pleite. An erster Stelle sprach Reichel. Gleich am Anfang wurde darauf hingewiesen, daß es keine Diskussion gibt. Anfragen sollten

schriftlich formuliert werden. Gleichzeitig wurde auf das Hausrecht (!) hingewiesen.

Der große Saal des Reichspalastes war gänzlich leer. Ganze 71 Mann waren erschienen, die beiden Kolonnen miteingerechnet.

Davon gehörten noch vier Mann der Reichspolizei und zwei Mann dem Einheitsblock an. Außerdem waren noch einige Kommunisten und einige Gegner anwesend. Ein knappes halbes Dutzend hatte sich also in diese Nazi-Beamtenversammlung versammelt.

Die Stimmung war deshalb auch recht gedrückt. In seinen Ausführungen ging Reichel mit den üblichen Phrasen auf die politischen Tagesfragen ein. Er versuchte mit Schlagsworten an der Politik Brünnings und Papens Kritik zu üben, gab aber beizukommen zu, daß es die KPD und die große Arbeiterschaft seien, die doch erst dieser schändlichen Reaktion die Wege gebahnt haben. Er sagte: „Die Regierung Papen, die doch bestimmt nicht vom Reichswillens des deutschen Volkes getragen sei, mühte doch erziehen, daß ihnen doch erst Adolf Hitler mit seinen 57 Prozent der deutschen Wählerkraft die Voraussetzungen zur Machtübertragung gegeben hat.“ Er gibt also zu: Ohne Hitler kein Papen!

Nun ist den Nazis Papens Programm noch nicht restlos klar genug

und deshalb läßt man noch Kritik an dem Wirtschaftsprogramm Papens. Reichel empfiehlt noch weiteren Ausbau der Arbeitsdienstpflicht und damit Abschaffung der Arbeitslosenversicherung. Nicht Stundung der Steuerrückstände für die Unternehmer, sondern Steuererläß. Nicht nur Stundung des Distrikts von 5 auf 4 Prozent, sondern auf 2 Prozent, damit der Unternehmer wieder in der Lage ist, das Kapital zu beschaffen. Weiter forderte Reichel die Abschaffung von unproduktiven Beamten sowie der weiblichen Beamten.

Bunger aus Ketzdorf sprach über die Bedeutung der Beamtenratswahlen und versprach den unteren Beamten des Himmelreich auf Erden.

Wies in allem: Der „Erfolg“ war ein verdammt schäbiges! Der Beamtenratsvorsitzende der KPD, Hofmann, hielt nur einige verlogene, unbedeutende Zwischenrufe ab. Er hatte aber nicht die Kraft, seinen Standpunkt der Beamtenrats gegenüber zu vertreten. Denn auch er als Vertreter der KPD (Zentralgewerkschaft deutscher Reichsbahnbeamter) kann den unteren Beamten keinen Ausweg zeigen aus dem Chaos.

Vom Dresdener Hauptbahnhof war trotz aller Unannehmlichkeiten des Nazi-Lademeisters Rißlich nur einer seiner Kollegen erschienen.

Die untere Beamtenchaft weiß, daß auch sie gehen wie ihre Arbeiterkollegen ausgebeutet und ausgegründet wird. Auch die Beamten begreifen, daß sie nur in der Reihen der revolutionären Arbeiter gehören. Sie werden deshalb am 2. und 16. Oktober nicht den Maulhelden folgen, sondern ihnen eine richtige Guttung geben.

Appell an die graphischen Arbeiter Dresdens

Formiert die Antifaschistische Aktion

In den Betrieben des graphischen Gewerbes

Am 5. Oktober fand eine vom Antifaschistischen Aktionsauschuss für das graphische Gewerbe einberufene Versammlung statt, die von etwa 60 Kollegen besucht war. Der Aktionsauschuss hat sich entschlossen in seinem Referat den Nachweis, daß Papens Notverordnungen den Gewerkschaften keine Arbeit bringen, und daß der einzige Ausweg aus der drohenden Massenlosigkeit der Arbeiterklasse nur die Auslösung von Kämpfen gegen den Lohnraub sein kann. Die Anwesenden bekräftigten die Ausführungen des Referenten in der anschließenden Aussprache und durch einstimmige Annahme folgender Entschlüsse:

„Die am 5. Oktober versammelten graphischen Arbeiter sprechen den wütenden Kampf gegen die Nazis in Berlin, Frankfurt und Düsseldorf ihre volle Sympathie aus. Die Anwesenden leben in der geschlossenen Widerstandsbewegung gegen den Lohnraub die einzige Möglichkeit, die Pläne der Reaktion zu durchkreuzen. Die heftige Verurteilung einer großen Reihe von Arbeitskampfen beweist, daß trotz der reformistischen Ziele von der „Unmöglichkeit von Streiks in Krisenzeiten“ erfolgreich gekämpft werden kann.“

Nach dieser Erkenntnis heraus riefen die revolutionären graphischen Arbeiter an die gesamte Kollegenchaft den Appell, alles einzulegen, um die Kampffront gegen weiteren Lohnabbau auch in Dresden zu schmieden. Wir fordern die Kollegen auf, sich hinter die Massenbewegte Opposition zu stellen und die Antifaschistische Aktion zu häufen!“

Zum Schluß wurde der Antifaschistische Aktionsauschuss für das graphische Gewerbe durch Zuwahl von drei parteilosen Kollegen gewählt.

Die Formierung der Antifaschistischen Aktion im graphischen Gewerbe ist von besonderer Wichtigkeit. Es gilt, die Kollegen von der „kleineren-Hebel“-Politik zu lösen und die Nationalisierungsmaßnahmen zu drängen. Schon seit längerer Zeit versuchen die Nazis die Passivität der reformistischen Verbände-

birokratie auf demagogische Art für sich auszuwerten. Nach einem Artikel im „Freiheitstempel“ vom 14. 9. habe der Hitlergebanke unter den Buchdrucker beruflich sich gefügt, daß eine Gaukelschuppe für das Buchdruckerhandwerk gegründet werden müßte und daß jetzt die Wurzeln im Dresdener Buchdruckerverein aus Angst bereits zu Ausschließen von Nazis übergeben in Wahrheit hat sich jedoch

bis heute noch kein „reiner Kampf des Dritte Reich“ gefunden, der es gewagt hätte, vor den Dresdener Buchdruckern die Politik seiner Partei zu vertreten.

Der einzige Scheiß einiger solcher Unternehmerratskassen besteht darin, durch Flugblätter und Zeitungsaufsätze mit Schimpfwörtern und oberflächlichen Anpöbelereien gegen den Marxismus zu operieren. Wie groß die „Sympathie“ für die Nazis bei den organisierten Buchdruckern ist, beweist der am 7. 9. eintreffende angemessene Ausschlußantrag von vier Mitgliedern der KPD.

Und wie leicht es mit der Feindschaft der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer gegen die Nazis. Es ist eine Tatsache, daß der Gewerkschaft mit dem Borghien gegen die Nazis keine Eins geht hat.

Die sozialdemokratischen Minister waren ja auch viel schneller dabei, den NSDAP und kommunistische Treffen zu verbieten, als gegen die braune Welt vorzugehen. Der „Freiheitstempel“ hat also gar keine Ursache, sich über die „marxistischen Oberbunzen“ zu beschweren.

Das eine steht aber fest: Die graphische Arbeiterheit verlangt offenes Vorgehen gegen die Nazis. Die wachsende Antifaschistische Aktion feiert keine Lohndienst für nationale Unternehmerratskassen. Die revolutionäre graphische Arbeiterheit wird unermüdet dafür sorgen, daß die Baralle aller Kollegen laute:

Kampf gegen Feindschaft und Betrug in den eigenen Reihen, für die Widerstandsbewegung gegen Lohnraub und Nazistat!

beit
diese...
dorf
ndt einen...
dieser...
union
das hat...
falsche...
antwort...
Appell...
Berden...
Gruppe...
SLUB
Wir führen Wissen.